



Prof. Dr. Christine Schirmacher ist Professorin für Islamwissenschaften an den Universitäten Bonn und Leuven. Außerdem ist sie Dozentin an der Akademie des Auswärtigen Dienstes sowie bei Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes. Sie ist unter anderem Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für Politische Bildung und im wissenschaftlichen Beirat des Bundes Deutscher Kriminalbeamter.

INTERVIEW MIT PROF. DR. CHRISTINE SCHIRRMACHER

„Religionsgesetz wäre wichtiges Signal“

Die muslimische Bevölkerung Europas wächst. In Deutschland könnte sich ihr Anteil bis 2050 verdoppeln. Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben sprach mit der Islamwissenschaftlerin Christine Schirmacher darüber, ob Islam und Demokratie zusammenpassen, was man gegen ausländische Hassprediger tun könnte und ob ein Burka-Verbot helfen würde.

Frau Professor Schirmmacher, ist der Islam mit unserem Grundgesetz vereinbar?

Prof. Dr. Christine Schirmmacher: Die Frage ist, von welchem Islam wir sprechen. Es gibt natürlich den Islam, der vereinbar ist mit unserem Grundgesetz, der sich hauptsächlich im religiösen Bereich abspielt, so wie andere Religionen auch. Der Islam ist jedoch nicht vereinbar mit unserem Grundgesetz, wenn er einen politischen Anspruch vertritt und damit bestimmte Forderungen verbindet.

Und welcher Islam herrscht in Deutschland vor?

Das ist schwer zu sagen, weil das natürlich kein monolithischer Block ist, sondern sich in vielen verschiedenen Strömungen abbildet. Neben dem auf religiöse Fragen beschränkten Islam haben wir einen kleinen extremistischen Bereich von wenigen Prozent, und wir haben daneben auch noch einen beachtlichen Anteil derjenigen, die zumindest in manchen Fragen Positionen des legalistisch-politischen Islam zuneigen. Dieser ruft zwar weder zu Gewalt oder Attentaten auf, noch zum Umsturz des Staates. Aber er vertritt trotzdem den Anspruch, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nur vorübergehend anerkannt werden können, letztlich abgelöst werden müssen durch eine islamische Ordnung und nur das Schariarecht als Gottesrecht Akzeptanz erhalten könne.

Wie ist das mit den Islamverbänden? Sind das Vertreter eines gemäßigten Islams oder eher eines politischen Islams?

Grundsätzlich ist es so, dass die Verbände Dachorganisationen sind, zu deren Mitgliedern kein Vertreter eines progressiv-aufgeklärten Islam gehört. Es sind vielmehr Bewegungen, die größtenteils aus dem Nahen Osten stammen und von den Behörden teilweise dem Islamismus zugeordnet werden. Diese sind natürlich keine Befürworter unserer Demokra-

tie. So vermisst man etwa ein klares Bekenntnis zur Gleichberechtigung von Frauen oder eine deutliche Verurteilung aller Formen von häuslicher Gewalt.

„Der Islam ist nicht vereinbar mit unserem Grundgesetz, wenn er einen politischen Anspruch vertritt.“

Wenn das so kritisch ist mit den Islamverbänden, warum werden sie dann zu allen möglichen staatlichen Konferenzen eingeladen?

Die Islamverbände repräsentieren den organisierten Islam. Aber wir haben das große Problem, dass viele Muslime, gerade die demokratiefreundlichen Muslime, die in dieser Gesellschaft voll angekommen und integriert sind, gar nicht in einem Verband organisiert sind. Und so sind die vorhandenen Verbände nun mal als „greifbare“ Organisationen zu Ansprechpartnern für Staat und Kirche geworden, zumal sie behaupten, die Muslime in Deutschland zu vertreten. Der Anspruch ist natürlich nicht berechtigt, sondern sie vertreten eine absolute Minderheit. Wenn man viele Muslime in den Moscheen oder in der Gesellschaft zum Beispiel nach dem Zentralrat der Muslime fragen würde, könnten sie mit dem Namen gar nichts anfangen.

Welchen Zusammenhang gibt es denn zwischen Terrorgefahr in Deutschland und Islam?

Es gibt eindeutig Einflüsse aus dem Nahen Osten über Internetbotschaf-

ten oder von Predigern, die nach Deutschland reisen und extremistisches Gedankengut verbreiten, das hier weiter verbreitet wird, besonders unter Jugendlichen. Meistens geschieht so etwas abseits der Moscheen. Die Orte der Radikalisierung sind eher Privaträume, Teestuben oder privat fürs Wochenende gemietete Freizeithome.

Warum ist eigentlich dieser radikale Islam für Jugendliche so attraktiv?

Da gibt es nicht den einen Grund, sondern viele Faktoren. Und es gibt natürlich auch Jugendliche in unterschiedlichen Lebensumständen, die sich diesem radikalen Islam öffnen: Es gibt da diejenigen, die durch persönliche Brüche und Katastrophen gegangen sind, zum Beispiel Migration, Entwurzelung, die Frage der Identität: Wer bin ich denn? Bin ich Türke oder Deutscher oder Deutschtürke oder türkischer Deutscher? Vaterlosigkeit, Scheidungen, persönlicher Misserfolg, Abrutschen in Kriminalität, vielleicht Erfahrungen mit Drogen, also Grenzüberschreitungen, die unter Umständen offen machen können für solche Botschaften. Das muss nicht zwangsläufig so kommen, aber wir stellen fest, dass viele Personen aus diesem Umfeld manche dieser Faktoren aufweisen. Diese Faktoren lassen es offensichtlich leichter zu, dass radikale Predigten, die den Jugendlichen eine neue Identität bieten, auf offene Ohren stoßen: Sie fühlen sich wichtig für die islamische Gemeinschaft, übernehmen in ihren Augen eine große Aufgabe, ihnen werden Dinge versprochen, die in diesem Leben nicht erreichbar sind.

Was können wir denn tun gegen radikale Prediger in Moscheen oder in sonstigen Zusammenkünften von Muslimen?

So wichtig repressive Maßnahmen und die Arbeit der Sicherheitsbehörden sind, das kann nicht alles sein. Wir brauchen auf der anderen Seite tat-



Unter Todesgefahr für einen liberalen Islam: In der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin-Moabit dürfen Frauen und Männer, Sunniten, Schiiten und Aleviten gemeinsam beten. Die Gründerin Seyran Ates steht aufgrund zahlreicher Morddrohungen von radikalen Muslimen unter Polizeischutz.

sächlich eine Willkommenskultur und eine Akzeptanz derjenigen, die Demokraten sind und für dieses Land eintreten. Wir sollten versuchen, diese Debatte zu überwinden von „Ihr und Wir“, denn auch Türken oder Araber, die in Deutschland geboren sind, sind für uns doch emotional häufig noch Ausländer. Das grenzt sie aus und gibt ihnen natürlich das Gefühl, dass sie niemals dazugehören werden. Wir müssen gleichzeitig ein genaues Augenmerk auf den radikalen Islam haben, den gewaltbereiten ohnehin, aber unbedingt auch auf den legalistischen, politischen Islam, weil er die ideologischen Grundlagen legt, auf denen die radikale Botschaft unter Umständen gedeihen kann. Dieser Aspekt des Aussäens der Ideologie von Hass und Verachtung scheint mir etwas zu kurz gekommen in der Debatte.

Was konkret können wir denn tun? Wie können wir da irgendwas verändern?

Wir müssen in den Schulen ansetzen, vielleicht schon in den Kindergärten. In sozialen Brennpunkten gehen manche Jugendliche kaum noch zur Schule oder verlassen sie vorzeitig. Ein frühes und intensives Schulschwänzen gilt in der Kriminologie als ein Faktor, der ein späteres Abdriften in Kriminalität oder auch eine Radikalisierung früh anzeigen kann. In den Schulen müssen wir Themen behandeln, die bei manchen Muslimen nicht sehr beliebt sind wie zum Beispiel die Zeit des Dritten Reichs. Dazu gehören auch Besuche von NS-Gedenkstätten mit Schulklassen. Die Probleme, die wir derzeit mit antisemitischen Äußerungen, Mobbing und Angriffen auf jüdische Mitbürger sehen,

dürfen wir nicht unter den Teppich kehren, sondern müssen das breit gesellschaftlich thematisieren. Also: Bildung, Aufklärung, Teilhabe, politische Bildung und natürlich auf der anderen Seite Repression gegen extremistische Strömungen.

Stichwort „Repression“: Was halten Sie zum Beispiel von einem Burka-Verbot?

Das halte ich für nicht sehr geeignet, um Radikalismen zu bekämpfen. Für mich sind die Leute problematischer, die Ideengeber dafür sind, dass eine Frau nur verschleiert vor die Tür gehen darf. Ein Burka-Verbot würde vielleicht bei Frauen, die tatsächlich nur so das Haus verlassen dürfen, dazu führen, dass sie überhaupt nicht mehr nach draußen gehen dürfen. Und wollen wir wirklich unsere Polizei damit beschäftigen, Strafzettel für Frauen mit Gesichtsschleier zu verteilen? Ich denke, da haben wir drängendere Probleme.

Was kann man tun, damit ausländische Hassprediger nicht ins Land kommen?

Das ist ein schwieriges Kapitel: Hassprediger, die derzeit ganz einfach mit Touristenvisum einreisen, bis zu drei Monate hierbleiben und recht unkontrolliert ihre Botschaften predigen können. Vielleicht lässt sich da etwas bewirken, indem man die Visa-Vergabe für diesen Personenkreis restriktiver handhabt und Visa-Anträge in Bezug auf Predigt-tätigkeiten im Herkunftsland prüft. Vielleicht könnte man auch denjenigen, die radikales Gedankengut predigen oder in Moscheen gegen Andersdenkende hetzen, das Visum entziehen.



„Wir dürfen antisemitische Äußerungen, Mobbing und Angriffe auf jüdische Mitbürger nicht unter den Teppich kehren, sondern müssen das breit gesellschaftlich thematisieren.“

Und was hielten Sie davon, wenn man als Staat den Moscheen, den Glaubensgemeinschaften, die etwas liberaler sind, die auch den Staat nicht ablehnen, ein Angebot macht, indem man in einer Art Religionsgesetz sie zum Beispiel steuerlich fördert, aber zugleich reguliert und kontrolliert?

Das wäre vielleicht ein ganz guter Weg. Denn das Problem ist ja, dass die muslimischen Gemeinschaften sich abgelehnt fühlen vom deutschen Staat. Sie streben den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts an, bringen aber in Form der Verbände bisher die Voraussetzungen nicht mit. Es ist ein vorherrschendes Gefühl bei der Gemein-

schaft der Muslime, dass der Islam in Deutschland nicht anerkannt wird. Diesem Gefühl sollte entgegengetreten werden mit sichtbaren positiven Zeichen der Anerkennung und der Repräsentanz in der Gesellschaft, ohne die extremistischen Kräfte zu stärken. Das wird schwer, weil die nicht-extremistischen Kräfte nicht organisiert sind. Aber vielleicht könnte ein solches Religionsgesetz da etwas in Bewegung bringen und ein gutes Signal senden.

Würden Sie sagen, es gibt in 20 Jahren eine überwiegend integrierte muslimische Gemeinschaft, vielleicht einen Euro-Islam?

Das hoffe ich doch sehr. Das wird meiner Ansicht nach von verschiedenen Faktoren abhängen. Ein Faktor ist sicher die internationale Entwicklung im Nahen Osten. Denn natürlich wird die islamische Gemeinschaft in Europa sich nicht völlig unabhängig vom Nahen Osten entwickeln, zumal der Zustrom durch die Flüchtlingswelle ganz neu aufgelebt ist. Aber es wird auch davon abhängen, wie sehr das Miteinander hier in Europa gelingt und ob Migranten im Bildungs- und Erwerbsleben noch stärker aufschließen können. Und da sollten wir viel investieren, um diese Entwicklung zu fördern und dem Gefühl entgegenzutreten, dass Muslime, nur weil sie Muslime sind, hier in Europa einen schweren Stand haben. ●

GRÜNER ALS DU DENKST.

